

# Ist Inklusion mit bestehenden Mitteln zu schaffen?

Eindrücke von einem „Fachabend Inklusion – schulformübergreifend“

Zu dieser Veranstaltung mit Kurzvorträgen, Diskussion und Austausch zum Thema „Ist Inklusion mit bestehenden Mitteln zu schaffen?“ hatten das Netzwerk Inklusion Frankfurt, der Stadtelternbeirat der Stadt Frankfurt und der Gesamtpersonalrat

Lehrerinnen und Lehrer – GPRLL am 4.10.2016 in die Ernst-Reuter-Schule II in Frankfurt eingeladen. Über 150 Interessierte (mehrheitlich LehrerInnen, davon mehrheitlich aus der Grundschule, aber auch Eltern, Netzwerker u.a.) kamen.

In der Einladung hieß es:

Wie steht es um die Inklusion in Frankfurt wirklich?

- Meckern alle tatsächlich nur „auf hohem Niveau?“
- Gibt es nicht reichlich personelle Ressource, die von den Schulen nur falsch genutzt wird?
- Gibt es nicht noch andere Aspekte, wie z.B. die richtige Haltung und andere Stunden im System, die Inklusion gelingen oder scheitern lassen?

Genau das möchten wir gerne mit Ihnen herausfinden und freuen uns sehr, dass Sie so zahlreich dabei sind!

Liegt das HKM mit seinen Annahmen richtig, und es bedarf keines gesonderten Einsatzes für mehr Ressourcen an Frankfurts Schulen? Diskutieren Sie mit, denn Sie und wir können einen Unterschied machen! Zu Ihrem eigenen und zum Wohl der Kinder in unserer Stadt!

Das Netzwerk Inklusion Frankfurt und der Stadtelternbeirat Frankfurts (StEB) haben sich kürzlich mit HKM und SSA beraten zur Diskussion der Inklusionsressourcen.

Wir wissen: der Frust an vielen Schulen ist groß. Doch möchten wir gern gemeinsam mit Ihnen einen Strich ziehen und schauen, wo es hakt und was aktuell möglich ist.

- Vielleicht gibt es Lösungen, die schon woanders funktionieren und auch auf Ihre Schule übertragbar wären?
- Vielleicht erarbeiten wir im Austausch neue Ideen oder Kooperationen, die dem Fortkommen der Inklusion dienen?

Lassen Sie uns gemeinsam ins Gespräch kommen! Die gesammelten Ergebnisse und/oder Forderungen geben wir im Anschluss gern an SSA, HKM und weitere zuständige Ämter weiter.

## Agenda:

- Begrüßung und Auftakt – Alexandra Cremer, Netzwerk Inklusion Frankfurt. Kurzvorträge von:
  - Vorstellung Konzept Grundschule: Römerstadtschule, Elke Wagenblast
  - Vorstellung Konzept IGS: ERS II, Gerhard Schneider
  - Stadtschulamt: Schulträger im Kontext der Modellregion Inklusion, Elard Apel
  - Gemeinsam leben Frankfurt e.V.: Bericht von Fällen in FFM – Ursula Martin-Hantl, Theresa Hildebrandt
  - Ein-Minüter zur Vorstellung von Schulen oder Vereinen
- Sie möchten gern etwas zum Stand an Ihrer Schule sagen oder Erfahrungen aus Ihrem Verein kundtun? Wir vergeben 5 x „Ein-Minüter“. Melden Sie sich gern.
- Durchsprache von vorab eingereichten sowie neuen Diskussionspunkten
- Abschluss: erarbeitete Fragen und Aufgaben für die Ämter in formulierter Form: Ausdruck vor Ort und gemeinsame Unterschrift (selbstverständlich freiwillig)

## Schlaglichter:

Frau Cremer vermittelt von dem Gespräch, das sie und Frau Puhl vom Stadtelternbeirat im Kultusministerium hatten, den Eindruck, dass das HKM auf dem Standpunkt steht: Wieso gibt es immer wieder Klagen, es gibt doch genug Ressourcen für Inklusion, nur die Schulen verteilen sie schlecht.

Frau Cremer weist auf die Notwendigkeit hin, Inklusion auch auf die Berufstätigkeit auszuweiten und nennt in diesem Zusammenhang die Jobmesse Inklusion mit der IHK am 5.5.2017 in Frankfurt und auf das Projekt „InklJobs“. Auf der Homepage des Netzwerks Inklusion findet sich folgende Erläuterung: InklJobs ist eine Kooperation zwischen Netzwerk Inklusion Deutschland e.V. und Good Growth.

- Gefördert im Rahmen des Modellprojektes HePAS vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem LWV Hessen Integrationsamt sowie der Randstad Stiftung

- Unterstützt durch Randstad Deutschland sowie durch das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft (bhw) mit Wirtschaft Inklusiv, das Unternehmensforum und die Fraport AG.

Zwei Kolleginnen der Römerstadtschule stellen ihr Modell vor (wir haben in der FLZ 2-14 darüber berichtet): Ein Dreier-Team von Lehrkräften (einschl. Förderschullehrkraft) betreuen 2 altersgemischte Lerngruppen à 25 SuS, darunter jeweils 6 Kinder mit Förderbedarf. Allerdings sei ihr Konzept mehrfach bedroht: zum einen sei bereits die Förderschullehrkraft im Team nicht mehr garantiert, zum anderen seien an der Schule 61 Stunden nicht besetzt, weil es trotz intensiver Suche an BewerberInnen mangle. Doppelsteckungen mussten massiv reduziert werden. „Wir haben die Not, wie wir unser Konzept umsetzen.“

Herr Schneider stellt die ERS II und „Gelingens-Bedingungen“ für inklusive Bildung vor. Er beklagt, dass die Schule immer noch nur Ganztagschule im Profil 1 sei, obwohl seit längerem mehr beantragt wurde und dass immer mehr Kin-

der mit Förderbedarf aufgenommen werden müssten, um das Ressourcen-Niveau für inklusive Beschulung zu halten. „Manche Kinder (z.B. autistische) bringen gar keine Ressourcen mit.“

Herr Apel vom Stadtschulamt berichtet von der „Modellregion West“ und „Süd“ mit den Schwerpunkten „Hören, Sehen, körperlich-motorische Entwicklung“. Eine „Kooperationsplattform“ mit dem BFZ sei in der „Bildungsregion West“ angelaufen. Es gehe um ein „Back-office“ für Sonderpädagogik und Jugendhilfe. Ein Konzept für mobile Arbeitsplätze für BFZ-Lehrkräfte werde entwickelt. Man sei beschäftigt mit der Erfassung der Bedarfe. In einem „Förderprogramm Jugendhilfe in der Grundschule“ seien in der BR West 4 Grundschulen mit vier halben Stellen (betreut vom Caritasverband) und in der BR Süd 5 Grundschulen in einem „Übergangsangebot“ (betreut vom IB) beteiligt. Bis zu 8 Stellen seien in beiden BR vorgesehen.

Der Fortbildungsetat für Inklusion sei erweitert worden.

Nachfragen aus der ERS II beklagen, dass Schulsozialarbeit an der Schule abgebaut werde (Zwischenrufe: woanders auch!). Und bei der BR West und Süd werde aufgebaut!

(Das und Ähnliches wird später unter das Bild der „kommunizierenden Röhren“ subsumiert werden.)

Die Frage nach den Räumen für Schulsozialarbeit bzw. Beratung hinterlässt auch eher Ratlosigkeit. Denn in den Neubauten seien solche Räume bereits vorgesehen, in den „Altbauten“ dagegen ein Problem.

Der Verein „Gemeinsam leben e.V.“ stellt sich vor. 300 Anfragen, mehr als 100 Beratungsfälle in 2015 und Vieles mehr sollen „das Gefühl der Ohnmacht und des Alleinkämpfertums der Eltern angesichts der Rahmenbedingungen“ überwinden helfen.

Dem Hinweis aus dem Publikum, das sei eigentlich ureigenste Aufgabe der Stadt, wird die Schärfe genommen durch den Verweis darauf, dass jetzt die Arbeit des Vereins von der Stadt dauerhaft finanziert werde und dass dessen Arbeit niedrigschwelliger für die Eltern sei.

